

Niederschrift

**über die in der 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung
am 11.06.2013 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)
gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -**

Beginn der Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der Sitzung : 17.05 Uhr

anwesend sind

Düllings, Paul	Issum
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Kilders, Hermann	Wachtendonk
Klinkhammer, Robert	Rees
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Schooltink, Franz	Kalkar
Selders, Hannes	Kevelaer
van Halteren, Manfred	Bedburg-Hau
von Elverfeldt	Weeze
Eicker, Sigrid	Geldern
Katzy, Roland	Kleve
Weber, Otto	Straelen
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Winkler, Thomas	Rees
Hertel, Monika	Straelen
Hünerbein-Ahlers, Ulrich	Kevelaer

beratendes Mitglied

Gonder, Axel	Kerken
--------------	--------

entschuldigt sind

Poell, Peter	Goch
Holzauer, Albert	Rheurdt

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Dr. Reynders, Hermann
Baetzen, Jürgen
Bäumen, Thomas
Hermanns, Stefan

1. **SozialTicket für den ÖPNV im Kreis Kleve;**
Anregung gem. § 21 Kreisordnung (KrO) NRW; Entdiskriminierung des Berechtigtenkreises des „MeinTicket“ im Kreis Kleve 832/WP09
2. **ÖPNV;**
Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Kleve um eine Auflistung und Begründung konkreter Veränderungen 833/WP09
3. **ÖPNV;**
Werbemaßnahmen für den Night-Mover 2.0 834/WP09
4. **Landschaftsplanung;**
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 9 - Goch; Anpassung an die Bauleitplanung (Innenbereichssatzung nach § 34 (4) Nr. 2 BauGB 798/WP09
5. **Naturschutz und Landschaftspflege;**
Ökokonto, Flächenpool und Kompensationsflächenkataster; Antrag der Kreistagsfraktion der SPD vom 14.05.2013 836/WP09
6. **Mitteilungen**
7. **Anfragen**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 832/WP09

SozialTicket für den ÖPNV im Kreis Kleve;

Anregung gem. § 21 Kreisordnung (KrO) NRW; Entdiskriminierung des Berechtigtenkreises des „MeinTicket“ im Kreis Kleve

Frau Eicker merkt an, dass die Gestaltung der Tarifstruktur des VRR -wie in der Verwaltungsvorlage dargestellt- in der Tat keine Angelegenheit des Kreises Kleve sei. Gleichwohl halte sie die Möglichkeit, dass ein Erwachsener im Rahmen der Mitfahrregelung mitfahren könne, für eine gute Sache. Sie halte es für sinnvoll, wenn der Antragsteller von der Verwaltung eine Information darüber erhalte, an welche zuständige Stelle er sich mit seinem Anliegen wenden könne.

Herr Hünerbein-Ahlers trägt vor, dass seine Fraktion große Sympathien für die Idee des Antragstellers hege. Sie werde sich daher bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Herr Gonder regt an, dass die Mitglieder des Fachausschusses, die auch Mitglieder in den Gremien des VRR sind, dort im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechend intervenieren sollten.

Freiherr von Elverfeldt macht den Vorschlag, den Beschlussvorschlag um die Formulierung zu ergänzen: *„...wegen fehlender Zuständigkeit des Kreises Kleve zurückgewiesen“* Damit würde noch deutlicher zum Ausdruck gebracht, dass die Zuständigkeit ausschließlich beim VRR und nicht beim Kreis Kleve läge.

Herr Katzy weist darauf hin, dass es sich um einen Bürgerantrag handele. Dem Antragsteller solle mitgeteilt werden, dass die Angelegenheit zuständigkeitshalber an den VRR weitergeleitet werde.

Herr Weber greift dies auf und regt eine weitere Ergänzung des Beschlussvorschlages um folgende Formulierung an: *„Die Verwaltung wird beauftragt, die Antragsteller entsprechend zu informieren“*.

Der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung stimmt der Verwaltungsvorlage unter Berücksichtigung des modifizierten Beschlussvorschlages:

„Die mit Schreiben der Initiative "Sozialticket Niederrhein jetzt!" vom 07.11.2012 eingebrachte Anregung zur Entdiskriminierung des Berechtigtenkreises des "MeinTicket" im Kreis Kleve wird wegen fehlender Zuständigkeit des Kreises Kleve zurückgewiesen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Antragsteller entsprechend zu informieren.“

einstimmig bei zwei Enthaltungen zu

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 833/WP09

ÖPNV;

Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Kleve um eine Auflistung und Begründung konkreter Veränderungen

Herr Düllings fragt, warum die in der Anlage zur Verwaltungsvorlage beschriebene Maßnahme 2.6 im Ergebnis keine finanziellen Auswirkungen habe, obwohl Leistungen entfallen seien.

Herr Baetzen stellt klar, dass es sich hierbei um die von den Stadtwerken Goch betriebene Stadtlinie 17 handele. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten würden nicht über den Kreis, sondern intern zwischen den Stadtwerken und der Stadt Goch abgerechnet. Eine Auswirkung auf die Ausgleichszahlung des Kreises Kleve und die ÖPNV-Umlage ergäbe sich daher nicht.

Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 834/WP09

ÖPNV;

Werbemaßnahmen für den Night-Mover 2.0

Die Kinospots „Eingefroren“ und „Erstbeste Gelegenheit“, mit denen eine weitere Erhöhung des Bekanntheitsgrades des Night-Mover 2.0 erreicht werden soll, wurden in der Sitzung vorgestellt. Sie fanden einhellig die Zustimmung der Mitglieder des Fachausschusses.

Freiherr von Elverfeldt weist darauf hin, dass die Zahl der Verkehrstoten, die vor Jahren bei ca. 50 gelegen habe, im Jahre 2012 auf 13 zurückgegangen sei. Dies sei nach seiner Auffassung nicht zuletzt auch auf das Angebot des Night-Movers zurückzuführen.

Herr Winkler regt an, diese Spots auch beim Courage-Festival laufen zu lassen.

Herr Katzy erkundigt sich nach der Entwicklung beim Night-Mover.

Herr Baetzen gibt hierzu folgende Informationen:

Für das Jahr 2013 wurden bisher 27.320 Tickets ausgedruckt (angefordert). Dies sind im laufenden Jahr bereits 4.245 Tickets mehr als im gesamten Vorjahreszeitraum 2012 mit insgesamt 23.075 Tickets.

Es wurden bereits 10.762 Tickets zur Abrechnung eingereicht, d.h. bereits 1.451 mehr als im gesamten Vorjahreszeitraum mit insgesamt 9.311 Tickets.

Mithin sind bisher 53.810,00 € in den ersten fünf Monaten des Jahres an die Taxiunternehmen ausgezahlt worden.

Daraus ergibt sich derzeit ein hochgerechneter Gesamtbetrag von 129.144,00 € für das Jahr 2013.

Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 798/WP09

Landschaftsplanung;

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 9 - Goch; Anpassung an die Bauleitplanung (Innenbereichssatzung nach § 34 (4) Nr. 2 BauGB)

Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung stimmt dem nachstehenden Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage einstimmig zu.

Der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung erhebt unter der Voraussetzung keine Bedenken gegen den Erlass einer Satzung für den Bereich an der Maasstraße im Ortsteil Goch-Asperden, dass die Verpflichtung zur Kompensation der baubedingten Eingriffe in Natur und Landschaft in diese Satzung aufgenommen wird. Dies kann in Form einer Ortsrandeingrünung erfolgen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 836/WP09

Naturschutz und Landschaftspflege;

Ökokonto, Flächenpool und Kompensationsflächenkataster; Antrag der Kreistagsfraktion der SPD vom 14.05.2013

Herr Weber hinterfragt, ob die positiven Möglichkeiten, die sich aus der Einführung von Ökokonten und Flächenpools eröffnet hätten, genutzt werden konnten. Des Weiteren bittet er um Auskunft darüber, für welche Maßnahmen und an welchen Stellen die Mittel verwendet worden seien.

Herr Dr. Reynders weist anhand einer kartografischen Darstellung auf die zahlreichen Flächen im Kreisgebiet hin, die für Ökokonten und Flächenpools zur Verfügung stehen. Er macht deutlich, dass in der Vergangenheit naturschutzfachlich geeignete Flächen für die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen am oder in der Nähe zum Ort des Eingriffs nicht immer zur Verfügung gestanden hätten. Durch die Inanspruchnahme von Ökokonten und Flächenpools könnten einerseits sinnvolle ökologische Maßnahmen auch im größeren Zusammenhang durchgeführt werden, andererseits müssten dazu weniger landwirtschaftlich wertvolle Flächen in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich des Ersatzgeldes erläutert Dr. Reynders, dass die Mittel für zahlreiche naturschutzfachlich wertvolle Maßnahmen verwendet worden seien.

Bei der Einordnung des seit Jahren unveränderten Ansatzes von 65.000 EUR müsse bedacht werden, dass hieraus u.a. auch langfristig eingegangene Verpflichtungen, z.B. aus dem Kauf von naturschutzfachlich wertvollen Flächen im NSG Düffel, zu bedienen seien. Der Gestaltungs- und Handlungsspielraum werde dadurch entsprechend eingeengt. Auch sei damit zu rechnen dass künftig Vielfalt und Größe der Eingriffe in Natur und Landschaft abnehmen. Dies hätte wiederum negative Auswirkungen auf die Höhe der von den Verursachern zu zahlenden Ersatzgelder.

Freiherr von Elverfeldt bedankt sich bei der SPD-Fraktion für den Antrag, dieses Thema zum Gegenstand eines Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung zu machen. Dadurch habe man die Gelegenheit erhalten, über die aktuelle Entwicklung informiert zu werden.

Herr Hünerbein-Ahlers spricht den Gesichtspunkt der Kontrolle von Kompensationsmaßnahmen an.

Herr Dr. Reynders führt aus, dass sich die bisher praktizierte Verfahrensweise der Beratung und Kontrolle bei Kompensationsmaßnahmen bewährt habe. Die Ergebnisse der Kontrollen seien insgesamt zufriedenstellend, in Einzelfälle seien Optimierungen erforderlich. Durch stichprobenartige Prüfungen werde die Entwicklung jedenfalls kontinuierlich beobachtet.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Herr Dr. Reynders teilt mit, dass die vom Kreistag als Satzung beschlossenen Landschaftspläne (Landschaftsplan Nr. 14: Straelen/Wachtendonk am 27.09.2012 und Landschaftsplan Nr. 15: Kerken/Rheurdt am 13.12.2012) in der Zwischenzeit durch die Bezirksregierung genehmigt wurden und am 23.02. bzw. 24.04.2013 in Kraft getreten seien.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Anfragen

Herr Katzy erkundigt sich angesichts der derzeitigen Hochwassersituation im Osten Deutschlands nach der Situation des Hochwasserschutzes im Kreis Kleve.

Landrat Spreen macht deutlich, dass Hochwasserschutz nicht in die Zuständigkeit des Kreises Kleve falle. Die Verantwortung hierfür läge ausschließlich beim Land Nordrhein-Westfalen und den Deichverbänden. Der Kreis Kleve sei für den Katastrophenschutz zuständig, also in einer Situation, in der ein Reagieren auf ein eventuelles Versagen des Hochwasserschutzes erforderlich sei.

Frau Wucherpfennig hinterfragt, ob im Kreis Kleve die Retentionsräume in der seinerzeit geplanten Form vorgehalten werden.

Landrat Spreen entgegnet, dass alle Retentionsräume, die in der Regionalplanung vorgesehen waren, realisiert worden sind.

Frau Wucherpfennig erkundigt sich danach, ob bei dem von der NIAG übernommenen Busbetrieb Look andere Tarifverträge gelten würden. Welche Erkenntnisse lägen hierzu der Verwaltung vor.

Landrat Spreen stellt klar, dass für diese Thematik die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung nicht gegeben sei. Für diese Frage sei vielmehr der Kreisausschuss die richtige Plattform. Gleichwohl könne er feststellen, dass die NIAG als privatrechtlich geführtes Unternehmen, an dem der Kreis lediglich eine Beteiligung von 3% halte, in ihrem Geschäftsverhalten auch entsprechend privatrechtlich unterwegs sei. Dies gelte möglicherweise auch für die tariflichen Regelungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die NIAG sei jedenfalls dem Kreis

gegenüber nicht informations- bzw. berichtspflichtig. Entsprechende Erkenntnisse lägen daher nicht vor.

Hermanns
(Schriftführer)

Papen
(Vorsitzender)

Düllings
(Mitglied)